



BILDUNG

Schüler zeigten Hitlergruß: Keine Konsequenzen

Drei Schüler hatten im Unterricht den Hitlergruß gezeigt, worauf sie die Schule von einer bevorstehenden Sportwoche ausgeschlossen hat. Die Bildungsdirektion nahm den Ausschluss aber zurück, weil die rechtliche Grundlage fehlte. Die Schüler kamen mit einer Verwarnung davon.

Online seit gestern, 19.04 Uhr

Der Vorfall hatte sich im Februar in einer Mittelschule im Bezirk Scheibbs ereignet, bestätigte die Bildungsdirektion auf Anfrage von noe.ORF.at, ohne weiter ins Detail zu gehen. Dem Vernehmen nach sollen drei Schüler einer dritten Klasse während des Unterrichts hinter dem Rücken einer Lehrerin den Hitlergruß gezeigt haben. Die Burschen sind unter 14 Jahre alt und daher noch strafunmündig, sie können also nicht nach dem Verbotsgesetz angezeigt werden.

Die Schule hatte ursprünglich Konsequenzen gezogen und den Burschen wegen ihres Fehlverhaltens die Teilnahme an der Sportwoche

untersagt, die kommende Woche stattfindet. Wie von Eltern anderer Schüler der betroffenen Klasse zu hören ist, sollen sich die Eltern eines Burschen allerdings bei der Bildungsdirektion über den Ausschluss von der Schulveranstaltung beschwert haben – mit Erfolg.

Erst diese Woche soll der für die Region zuständige Schulqualitätsmanager, der in der Hierarchie der Bildungsdirektion den Direktorinnen und Direktoren übergeordnet ist, die drei Schüler aus dem Unterricht geholt und ihnen mitgeteilt haben, dass sie nun doch auf Sportwoche mitfahren dürfen.

Bildungsdirektion: „Hitlergruß keine Gefährdung“

Laut Schulunterrichtsgesetz (Paragraf 13 Abs. 3 Z 2) ist ein Ausschluss von Schülerinnen und Schülern von einer Schulveranstaltung nämlich nur möglich, wenn eine Selbst- oder Fremdgefährdung vorliegt. Konkret heißt es im Gesetzestext, dass ein Ausschluss nur dann erfolgen dürfe, „wenn auf Grund des bisherigen Verhaltens des Schülers eine Gefährdung der Sicherheit des Schülers oder anderer Personen mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist“.

„Das Zeigen eines Hitlergrußes zählt in diesem Fall nicht zu einer Gefährdung bzw. Selbstgefährdung“, teilte die Bildungsdirektion auf Anfrage von noe.ORF.at mit. „Eine Handlung, die im Verdacht steht, gegen das Verbotsgesetz zu verstoßen“, würde „ohne weitere Sachverhaltsinformation (etwa Drohungen)“ nicht den Tatbestand erfüllen, der einen Ausschluss eines Schülers von einer Schulveranstaltung rechtfertigt.

Die Schulaufsicht habe „gemeinsam mit der Direktion und den Klassenvorständen entschieden (...), dass die Burschen an der Schulveranstaltung teilnehmen können, weil sie sich reuig und einsichtig gezeigt haben, der Vorfall bereits vor längerer Zeit stattgefunden hat und von den Schülern zu keinem Zeitpunkt Gefahr ausgegangen ist“, so die Bildungsdirektion.

Debatte über Nachschärfungen gefordert

Noe.ORF.at nahm die Causa zum Anlass, um bei Personalvertretern der Lehrerschaft nachzufragen, ob eine Nachschärfung des Schulunterrichtsgesetz als notwendig erachtet wird. In mehreren

Telefonaten war die Rede von „absolutem Handlungsbedarf“, weil Lehrerinnen und Lehrer in solchen Fällen keine Handhabe hätten. Ein Klassenbucheintrag oder das Vorladen der Eltern würde „heute niemanden mehr kratzen“. Das Zeigen eines Hitlergrußes im Unterricht hätte für einen unter 14-Jährigen somit de facto keine Konsequenzen.

Aus Kreisen der Personalvertretung war ebenso der Wunsch einer Debatte über den Begriff der Fremdgefährdung zu hören, die einen Grund für einen Ausschluss von einer Schulveranstaltung darstellt. Konkret: Liegt eine Fremdgefährdung tatsächlich nur vor, wenn etwa jemand mit einem Messer bedroht wird, oder könnte auch Fremdgefährdung „im Sinne einer ideologischen Ansteckung“ denkbar sein?

Bildungsdirektor Karl Fritthum stand die gesamte Woche nicht für ein Interview zur Verfügung, die obersten Personalvertreter der Pflichtschul- und AHS-Lehrerinnen und -Lehrer, die der ÖVP-nahen Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) angehören, sagten vereinbarte Interviewtermine kurzfristig – in einem Fall 40 Minuten davor – ab. Ein Personalvertreter der SPÖ-nahen Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) ließ einen Tage zuvor fixierten Interviewtermin ebenfalls 40 Minuten vorher platzen.

Die Absagen klangen im Wesentlichen sehr ähnlich: Man habe noch einmal Kontakt mit der Bildungsdirektion gehabt, der Fall sei gut aufgearbeitet worden, man habe dem nichts hinzuzufügen. Die Bildungsdirektion schrieb in ihrem Statement: „Die Schüler wurden zum Zeitpunkt des Vorfalls verwarnet und auf ihr Fehlverhalten nachdrücklich aufmerksam gemacht. Die Schule hat gemeinsam mit der Schulaufsicht, den Eltern und den Schülern den Fall aufgearbeitet.“

Eltern: „Lehrern sind die Hände gebunden“

Seitens der Direktion der betroffenen Schule gab es auf Anfrage kein Statement, verwiesen wurde an die Bildungsdirektion. Dem Vernehmen nach soll die Entscheidung, dass die drei Schüler, die den Hitlergruß gezeigt haben, doch auf Sportwoche mitfahren dürfen, aber keine „gemeinsame Entscheidung der Verantwortungsträger“ gewesen sein, wie sie von der Bildungsdirektion dargestellt wird.

Mehrere Eltern berichteten gegenüber noe.ORF.at, dass die Lehrer und

die Schulleitung „einstimmig“ beschlossen hätten, dass die drei Burschen aufgrund ihres Fehlverhaltens nicht auf Sportwoche mitfahren dürfen. Dass die Bildungsdirektion diese Entscheidung nach einer Beschwerde revidierte, bezeichnete ein Elternteil als „schockierend“. Die Burschen hätten nun das Gefühl, „dass sie tun und lassen können, was sie wollen“. Den Lehrern seien „die Hände gebunden“.

Kritisiert wird seitens der Eltern der betroffenen Klasse außerdem, dass es keinerlei Informationen an die Erziehungsberechtigten über den Vorfall gab. Man habe nur über die Kinder von den Vorgängen erfahren. Der Schulqualitätsmanager habe zudem weder vom Elternverein noch von anderen Schülern der Klasse Wahrnehmungen zu dem Vorfall eingeholt.

Causa könnte zum Präzedenzfall werden

Die Causa könnte nun auch Auswirkungen auf andere Schulen haben. Dass Schülerinnen und Schüler aus disziplinären Gründen von Schulveranstaltungen bzw. Ausflügen ausgeschlossen werden, war nämlich offenbar auch an anderen Einrichtungen in der Vergangenheit üblich. Dass Eltern gegen diese Entscheidung eine Beschwerde einlegten, dürfte bisher aber eher die Ausnahme gewesen sein. Das könnte sich mit dem aktuellen Fall nun ändern.

An der betroffenen Schule im Bezirk Scheibbs hätten insgesamt fünf Schüler nicht auf Sportwoche mitfahren dürfen – zwei wegen eines anderen Vorfalls, bei dem allerdings auch keine Selbst- oder Fremdgefährdung laut Schulunterrichtsgesetz vorlag. Nun dürfen alle fünf mitfahren.

Dieser Beitrag begleitet die Sendung „NÖ heute“, ORF 2-N, 16. Mai 2025

Thomas Koppensteiner, noe.ORF.at

Links:

- **Bildungsdirektion Niederösterreich**
- **Bundesministerium für Bildung**
- **Schulunterrichtsgesetz Paragraf 13**

- **NÖ** **Niederösterreich**

NÖ-News

+ **Extra**

+ **Landesstudio**

Tipps

 **Benachrichtigungen**

Ganz Österreich

News

Sport

Wetter

Österreich

Debatte

ORF ON

ORF KIDS

Fernsehen

Sound

Topos

Alle ORF-Angebote

[Kontakt](#)

[Datenschutzerklärung](#)

[Datenschutzeinstellungen](#)

[Offenlegung](#)

[Bekanntgabe laut ORF-G](#)

[Publikumsrat](#)

